

Kauder, Björn

Article

Prägen Familienunternehmen das politische Wahlverhalten in Deutschland?

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Kauder, Björn (2022) : Prägen Familienunternehmen das politische Wahlverhalten in Deutschland?, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 49, Iss. 3, pp. 25-43,
<https://doi.org/10.2373/1864-810X.22-03-02>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/268523>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



IW-Trends

**Prägen Familienunternehmen das politische
Wahlverhalten in Deutschland?**

Björn Kauder

IW-Trends 3/2022

Vierteljahresschrift zur
empirischen Wirtschaftsforschung
Jahrgang 49



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Postfach 10 19 42
50459 Köln
www.iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Vorabversion aus: IW-Trends, 49. Jg. Nr. 3

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

[@iw_koeln](https://twitter.com/iw_koeln)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Facebook

[@IWKoeln](https://www.facebook.com/IWKoeln)

Instagram

[@IW_Koeln](https://www.instagram.com/@IW_Koeln)

Verantwortliche Redakteure

Prof. Dr. Michael Grömling

Senior Economist
groemling@iwkoeln.de
0221 4981-776

Holger Schäfer

Senior Economist
schaefer.holger@iwkoeln.de
030 27877-124

**Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de**

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de.

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

ISSN 0941-6838 (Printversion)
ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2022

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-450
iwmedien@iwkoeln.de
iwmedien.de

Druck: Elanders GmbH, Waiblingen



Prägen Familienunternehmen das politische Wahlverhalten in Deutschland?

Björn Kauder, Juli 2022

Zusammenfassung

Familienunternehmen haben sich in den vergangenen Jahren zu einem eigenen Forschungsgegenstand entwickelt. Die Vermutung, dass sie eine schwächere wirtschaftliche Entwicklung aufweisen, wurde dabei nicht bestätigt. Vielmehr kann eine überlegene Performance von Familienunternehmen gegenüber anderen Unternehmen festgestellt werden. Diese Studie ergänzt das Forschungsgebiet, indem sie untersucht, inwiefern Familienunternehmen das politische Wahlverhalten prägen. Hierzu wird analysiert, ob die lokale Bedeutung von Familienunternehmen mit bestimmten politischen Tendenzen bei den vergangenen bundesweiten Wahlen einherging. Die Ergebnisse zeigen, dass die FDP bei der Bundestagswahl 2021 von einem hohen Anteil an Familienunternehmen in der Region leicht profitierte. Dies war bei der Europawahl 2019 und der Bundestagswahl 2017 noch anders. Seinerzeit führte ein hoher Anteil an Familienunternehmen zu höheren Stimmenanteilen für die CDU/CSU und geringeren Anteilen für die SPD. Diese Ergebnisse gelten nur für die westdeutschen Bundesländer. In den ostdeutschen Bundesländern zeigen sich keine Effekte. Es liegen mehrere Erklärungen für den Effekt von Familienunternehmen nahe. Hierzu zählen eine höhere empfundene Arbeitsplatzsicherheit, gesellschaftliches und politisches Engagement von Familienunternehmen sowie eine stärkere Identifikation mit dem Arbeitgeber und eine damit einhergehende stärkere Berücksichtigung der unternehmerischen Interessen in der Wahlentscheidung. Die Verschiebungen bei den Parteien dürften wiederum eng mit den Kanzlerkandidaten zusammenhängen.

Stichwörter: politisches Wahlverhalten, Familienunternehmen

JEL-Klassifikation: D72, G32

DOI: 10.2373/1864-810X.22-03-02

Familienunternehmen im Unternehmensvergleich

Studien sind der Frage nachgegangen, ob Familienunternehmen erfolgreicher wirtschaften. Für Deutschland wurde gezeigt, dass börsennotierte Familienunternehmen ein höheres Beschäftigungswachstum aufweisen und mehr Rendite erwirtschaften als nicht familiengeführte Unternehmen (Achleitner et al., 2019). Familienunternehmen sind stärker langfristorientiert (Kappes/Schmid, 2013) und stärken den ländlichen Raum (Demary et al., 2020). Sie zahlen ferner einen höheren impliziten Steuersatz als nicht familienkontrollierte DAX-Konzerne (Büttner et al., 2020). Im US-amerikanischen Aktienindex S&P 500 zeigt sich ebenso eine stärkere Performance von Familienunternehmen im Vergleich zu Nicht-Familienunternehmen, was zudem nicht zulasten von Minderheitsaktionären geht (Anderson/Reeb, 2003a; 2003b). Dieses Ergebnis könnte jedoch vom Sample abhängig und von Alleingründern getrieben sein und nicht etwa von Familienunternehmen, in denen mehrere Familienmitglieder tätig sind (Miller et al., 2007).

In Studien mit mehreren Ländern zeigt sich ebenso eine überlegene Performance von Familienunternehmen (Conren, 2020). Dabei wird der Präsenz der Familie und von Blockanteilsgebern in der Unternehmensführung eine positive Rolle zugeschrieben, nicht aber der Präsenz von mehreren Familien im Unternehmen (Jaskiewicz, 2006; Klerk et al., 2018). Für deutsche Unternehmen zeigt sich ebenfalls, dass nicht nur der Anteilsbesitz, sondern auch die Präsenz der Familien im Unternehmen die Ergebnisse steigern (Leiber, 2008). Es wird darauf hingewiesen, dass bei Analysen der Besitz und die Leitung von Familienunternehmen unterschieden werden sollte (Schmid et al., 2014; 2015). Bei der Nachfolge von Familienunternehmern zeigt sich indes, dass externe Manager eine bessere Performance aufweisen als Familienmitglieder (Pérez-González, 2006; Bennedsen et al., 2007).

Die vorliegende Studie geht der Frage nach, inwieweit Familienunternehmen über ihre wirtschaftliche Performance hinaus in die Gesellschaft hineinwirken. Hierzu wird untersucht, ob die lokale Bedeutung von Familienunternehmen, gemessen am Anteil der Familienunternehmen an allen Unternehmen, mit dem Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 2021 und 2017 sowie bei der Europawahl 2019 zusammenhängt. Prägen Familienunternehmen das politische Wahlverhalten? Es ist denkbar, dass sich

Familienunternehmen gesellschaftlich und politisch stärker engagieren als sonstige Unternehmen und eine höhere Lebensqualität vor Ort die Wahlentscheidung beeinflusst. Mitarbeiter von Familienunternehmen mögen zudem ihre Arbeitsplätze als sicherer empfinden als Mitarbeiter in Nicht-Familienunternehmen, sodass die soziale Absicherung eine geringere Bedeutung erfährt. Ferner erscheint es möglich, dass sich die Belegschaft von Familienunternehmen stärker mit ihrem Arbeitgeber identifiziert und somit die unternehmerischen Interessen an der Wahlurne stärker berücksichtigt werden. Damit stellen sich die Fragen, ob ein hoher Anteil von Familienunternehmen zu großen Stimmenanteilen von wirtschaftsnahen Parteien führt und ob linke Parteien von einer schwachen Position von Familienunternehmen profitieren können.

Empirische Methode

Es wird ein einfaches Regressionsmodell geschätzt, das die Wahlergebnisse einzelner Parteien in Beziehung setzt zu dem Anteil der Familienunternehmen. Durch die Hinzunahme von Kontrollvariablen handelt es sich um konditionierte Korrelationen, nicht aber um kausale Effekte. Das Regressionsmodell hat die folgende Form:

$$\text{Stimmenanteil}_i = \beta \text{Anteil Familienunternehmen}_i + \sum_k \gamma_k X_{ik} + u_i$$

mit $k = 1, \dots, 27$ und $i = 1, \dots, 314$ (West) und $1, \dots, 72$ (Ost).

Die abhängige Variable *Stimmenanteil* beschreibt das Zweitstimmenergebnis einer Partei in der kreisfreien Stadt oder dem Landkreis i bei der Bundestagswahl 2021 (alternativ: Europawahl 2019 und Bundestagswahl 2017). Es werden in separaten Regressionen die Parteien SPD, CDU/CSU, Grüne, FDP, AfD und Linke betrachtet. Aufgrund der Unterschiede in den politischen Präferenzen werden die Regressionen getrennt für die westdeutschen und die ostdeutschen Bundesländer durchgeführt (s. Alesina/Fuchs-Schündeln, 2007). Die erklärende Variable *Anteil Familienunternehmen* beschreibt, welcher Anteil der Unternehmen in einer kreisfreien Stadt oder einem Landkreis Familienunternehmen sind.

Das Modell umfasst 27 Kontrollvariablen: Die *Wahlbeteiligung* misst den Anteil der Wahlberechtigten, die eine gültige oder ungültige Stimme abgegeben haben. Die *Bevölkerungsdichte* beschreibt die Anzahl der Einwohner pro Quadratkilometer. Der

Anteil Ausländer gibt an, welcher Anteil der Bevölkerung nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Aufgrund der Bedeutung der Flüchtlingskrise für das Parteiensystem wird die Variable *Anteil Schutzsuchende* aufgenommen, die misst, wie viele Schutzsuchende pro Einwohner registriert sind. Zwei Variablen messen die Altersstruktur der Bevölkerung: der *Anteil der unter 18-Jährigen* und der *Anteil der über 64-Jährigen*. Die Bildungsstruktur wird ebenfalls durch zwei Variablen abgebildet: Die Variablen *Anteil ohne Schulabschluss* und *Anteil Hochschulreife* beschreiben, welcher Anteil eines Jahrgangs die Schule ohne Schulabschluss oder mit Hochschulreife verlassen hat. Die Religiosität wird durch die beiden Variablen *Anteil katholisch* und *Anteil evangelisch* abgebildet (weitere Konfessionen werden von der amtlichen Statistik nicht erfasst).

Drei Variablen beschreiben die wirtschaftliche Lage: Die Variable *Verfügbare Einkommen* misst den Betrag, der pro Einwohner für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht, *Arbeitslosigkeit* bezeichnet die Arbeitslosenquote und *Anteil produzierender Sektor* nennt den Anteil der im produzierenden Sektor tätigen Arbeitnehmer. Die Dummy-Variablen *kreisfreie Stadt* beschreibt, ob es sich um eine kreisfreie Stadt oder einen Landkreis handelt. Schließlich werden Dummy-Variablen für die einzelnen Bundesländer hinzugefügt. u ist der Fehlerterm. Das Kleinste-Quadrate-Modell wird mit robusten Standardfehlern geschätzt (Huber/White/Sandwich-Standardfehler; Huber, 1967; White, 1980).

Tabelle 1 liefert eine deskriptive Statistik für die Bundestagswahl 2021 separat für die westdeutschen und die ostdeutschen Bundesländer. Es sind einige markante Unterschiede zwischen Ost und West ersichtlich. Die Unterschiede im Wahlverhalten sind hinlänglich bekannt: die CDU und die Grünen sind im Westen deutlich stärker, die Werte der SPD und der FDP sind im Westen ebenfalls höher. Die AfD und die Linke haben dagegen im Osten ihre Hochburgen. Überraschend erscheint hingegen, wie ähnlich die Bedeutung der Familienunternehmen ist. Trotz der historisch bedingten Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung sind Familienunternehmen in den neuen Bundesländern nur geringfügig weniger bedeutend: In den kreisfreien Städten und Landkreisen der alten Bundesländer sind durchschnittlich knapp 53 Prozent der Unternehmen Familienunternehmen, in den neuen Bundesländern sind es immerhin gut 46 Prozent.

Deskriptive Statistik für die Bundestagswahl 2021

Tabelle 1

Variable	Mittelwert		Standardabweichung	
	West	Ost	West	Ost
Stimmenanteil SPD	25,5	25,3	6,8	4,5
Stimmenanteil CDU/CSU	26,9	17,6	5,5	3,1
Stimmenanteil Grüne	14,4	7,1	5,1	4,1
Stimmenanteil FDP	11,5	9,3	2,3	1,1
Stimmenanteil AfD	8,9	21,7	2,4	5,6
Stimmenanteil Linke	3,3	10,0	1,2	2,1
Anteil Familienunternehmen	52,9	46,2	7,2	6,0
Wahlbeteiligung	76,9	73,3	3,9	4,0
Bevölkerungsdichte	0,6	0,3	0,7	0,4
Anteil Ausländer	12,2	4,9	5,0	2,2
Anteil Schutzsuchende	2,1	1,5	1,0	0,8
Anteil der unter 18-Jährigen	16,5	15,2	1,1	1,1
Anteil der über 64-Jährigen	21,6	26,4	2,2	2,7
Anteil ohne Schulabschluss	6,3	9,2	2,0	2,3
Anteil Hochschulreife	32,4	33,3	8,9	7,2
Anteil katholisch	38,3	4,4	22,0	8,0
Anteil evangelisch	33,0	18,7	17,2	7,3
Verfügbares Einkommen	23,4	19,9	2,5	1,0
Arbeitslosigkeit	5,2	6,6	2,2	1,6
Anteil produzierender Sektor	27,5	27,3	9,3	9,0
Kreisfreie Stadt	0,3	0,2	0,4	0,4

Beobachtungsebene: kreisfreie Städte und Landkreise. Anzahl der Beobachtungen: Westdeutschland 314 und Ostdeutschland 72. Anteile, Wahlbeteiligung und Arbeitslosigkeit in Prozent, Bevölkerungsdichte in 1.000 Einwohnern pro Quadratkilometer, verfügbares Einkommen in 1.000 Euro, kreisfreie Stadt: Dummy-Variable. Quellen: Bundeswahlleiter; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Statistisches Bundesamt; Zensus; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 1: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/4mTAs3SiXeRccF2>

Die weiteren Variablen zeigen die bekannten Disparitäten: im Osten deutlich geringer sind die Bevölkerungsdichte, der Anteil der Ausländer, der Anteil der Schutzsuchenden und die Religiosität. Im Osten deutlich höher sind der Anteil der Älteren, der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss und die Arbeitslosenquote. Eher klein sind die Unterschiede in der Wahlbeteiligung und bei den Anteilen der Jüngeren, der Schulab-

gänger mit Hochschulreife und der im produzierenden Sektor tätigen Arbeitnehmer. Die Werte für die verfügbaren Einkommen und den Anteil der kreisfreien Städte sind im Westen höher.

Im linken Teil der Abbildung wird dargestellt, wie sich die Bundestagswahlergebnisse (2021) von CDU/CSU und FDP regional verteilen. Da diese Parteien als wirtschaftsnah angesehen werden können, erfolgt hier eine zusammengefasste Darstellung der Ergebnisse. Im Süden haben die CDU/CSU und die FDP ihre Hochburgen, im Westen und zum Teil im Norden zeigen sich ebenfalls Regionen mit starken Ergebnissen dieser Parteien. Durchgehend schwach sind hingegen die Ergebnisse im Osten. Bei der Gegenüberstellung der Ergebnisse von CDU/CSU und FDP mit dem Anteil der Familienunternehmen im rechten Teil der Abbildung zeigt sich bereits eine positive Korrelation (Korrelationskoeffizient: 0,53). Die regionale Ballung ist bei den Familienunternehmen zwar geringer ausgeprägt als bei den Wahlergebnissen, dennoch sind erneut ein Schwerpunkt im Süden sowie kleinere Schwerpunkte im Westen und Norden auszumachen. Der bereits angesprochene geringere Anteil zeigt sich im Osten.

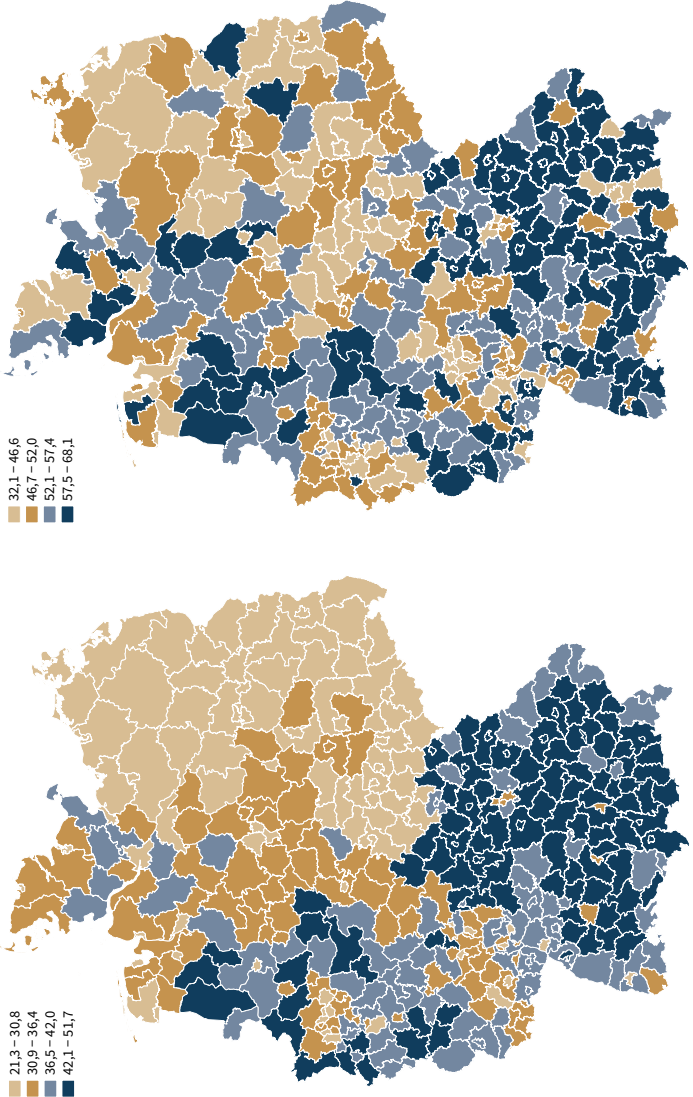
Die Familienunternehmen können in einem dreistufigen Verfahren identifiziert werden (s. Demary et al., 2020, für eine umfassende Erläuterung der Methodik). Grundlage ist die Unternehmensdatenbank von Creditreform, welche alle wirtschaftlich tätigen Unternehmen in Deutschland umfasst. Dabei wurden nur Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitern berücksichtigt und Branchen ausgeschlossen, in denen keine Familienunternehmen zu erwarten sind. Im ersten Schritt wurden nach einem Webcrawling diejenigen Unternehmen als Familienunternehmen deklariert, deren Internetseiten auf ein Familienunternehmen hindeuten. Im zweiten Schritt wurden Unternehmen ergänzt, in denen Geschäftsführer und Gesellschafter identisch sind. Zuletzt wurden die noch nicht erfassten Unternehmen aus der Liste der Top-500-Familienunternehmen vom Wirtschaftsblatt hinzugefügt. Aus der Gegenüberstellung der Anzahl der so ermittelten Familienunternehmen mit der Anzahl der sonstigen Unternehmen folgt der Anteil der Familienunternehmen.

Die Wahlergebnisse sind der Wahlbezirksstatistik des Bundeswahlleiters entnommen. Als Quelle der Kontrollvariablen dient der Regionalatlas der Statistischen Ämter des

Abbildung

Wahlergebnisse und Familienunternehmen in Deutschland

Summe der Wahlergebnisse¹⁾ von CDU/CSU und FDP bei der Bundestagswahl 2021 (links)
sowie Anteil der Familienunternehmen²⁾ (rechts)



Beobachtungsebene: kreisfreie Städte und Landkreise. 1) Anteil der Parteien an den Zweitstimmen aller Parteien in Prozent.
2) Anteil der Familienunternehmen an allen Unternehmen in Prozent.
Quellen: Bundeswahlleiter; Institut der deutschen Wirtschaft

Bundes und der Länder (Schutzsuchende: Statistisches Bundesamt; Konfessionszugehörigkeiten: Zensus). Aus Gründen der Datenverfügbarkeit stammen die Kontrollvariablen für die Regressionen mit der Wahl 2021 aus dem Jahr 2019 (Konfessionszugehörigkeiten: 2011; verfügbare Einkommen: 2018; Arbeitslosenquote: 2020). Die Daten für die Regressionen mit den Wahlen 2019 und 2017 stammen aus den entsprechenden beiden Jahrgängen der gleichen Quellen. Aufgrund von Datenlücken umfasst das Sample nur 314 der 324 kreisfreien Städte und Landkreise im Westen und 72 der 75 (2017 und 2019: 74 der 76) kreisfreien Städte und Landkreise im Osten. Berlin wird ausgelassen, da es weder den alten noch den neuen Bundesländern zugeordnet wird.

Ergebnisse der Regressionsanalyse für die Bundestagswahl 2021

Tabelle 2 zeigt die Regressionsergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise in den westdeutschen Bundesländern. Es zeigt sich, dass der Anteil der Familienunternehmen positiv mit dem Wahlergebnis der FDP bei der Bundestagswahl 2021 zusammenhängt. Die numerische Bedeutung des Effekts lautet, dass eine Erhöhung des Anteils der Familienunternehmen um 10 Prozentpunkte zu einem Anstieg des FDP-Zweitstimmenanteils um 0,2 Prozentpunkte führt. Der Effekt ist statistisch signifikant auf dem 5-Prozent-Niveau. Für die übrigen Parteien erweisen sich die Ergebnisse als nicht statistisch signifikant. Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, hat die Bedeutung von Familienunternehmen in den ostdeutschen Bundesländern keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Ergebnisse der Parteien.

Die Tabellen 2 und 3 zeigen, dass sich die weiteren Determinanten des Wahlverhaltens zwischen den alten und den neuen Bundesländern unterscheiden. Im Westen profitieren die Grünen und die Linke von einer hohen Wahlbeteiligung, die FDP und die AfD leiden hingegen darunter (zum Zusammenhang zwischen AfD-Wahlergebnissen und Wahlbeteiligung s. Vehrkamp/Wegschaidler, 2017; Haußner/Leininger, 2018). Im Osten profitiert die FDP von einer hohen Wahlbeteiligung, wohingegen die SPD und die CDU verlieren. Eine höhere Bevölkerungsdichte nutzt der SPD im Westen, schadet ihr jedoch im Osten. In den neuen Bundesländern sind die FDP und vor allem die Grünen in dicht besiedelten Räumen stark. Ein hoher Ausländeranteil stärkt die FDP und die CDU/CSU – Letzteres dürfte in der Politik Angela Merkels gegenüber Migranten begründet liegen – sowie schwächt die AfD in den alten Bundesländern. Ein hoher An-

Erklärungsfaktoren für das Bundestagswahlergebnis 2021 in Westdeutschland

Tabelle 2

Kleinste-Quadrate-Regressionen – abhängige Variable: Zweitstimmenanteil der Partei

Variable	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	AfD	Linke
Anteil Familienunternehmen	-0,02 (0,02)	0,02 (0,02)	-0,009 (0,02)	0,02** (0,009)	-0,009 (0,01)	-0,007 (0,005)
Wahlbeteiligung	-0,09 (0,09)	0,03 (0,08)	0,6*** (0,07)	-0,1*** (0,04)	-0,4*** (0,05)	0,07*** (0,02)
Bevölkerungsdichte	1,0** (0,5)	-0,4 (0,3)	-0,02 (0,4)	-0,06 (0,2)	-0,2 (0,2)	0,02 (0,1)
Anteil Ausländer	-0,02 (0,08)	0,2*** (0,07)	-0,007 (0,07)	0,07** (0,04)	-0,2*** (0,04)	0,0002 (0,02)
Anteil Schutzsuchende	-0,04 (0,2)	-0,04 (0,1)	0,4*** (0,1)	0,1 (0,09)	-0,05 (0,09)	0,09 (0,10)
Anteil der unter 18-Jährigen	-0,08 (0,2)	1,0*** (0,2)	-1,2*** (0,1)	0,1 (0,09)	0,4*** (0,1)	-0,3*** (0,04)
Anteil der über 64-Jährigen	0,4*** (0,1)	0,5*** (0,1)	-0,7*** (0,1)	0,06 (0,05)	0,01 (0,06)	-0,2*** (0,03)
Anteil ohne Schulabschluss	0,08 (0,09)	0,1 (0,10)	0,08 (0,08)	0,02 (0,04)	-0,09* (0,05)	-0,004 (0,02)
Anteil Hochschulreife	-0,006 (0,03)	0,004 (0,02)	0,09*** (0,02)	-0,004 (0,01)	-0,04** (0,02)	0,008 (0,006)
Anteil katholisch	0,008 (0,04)	0,3*** (0,04)	-0,2*** (0,03)	-0,05*** (0,02)	-0,01 (0,02)	-0,03*** (0,007)
Anteil evangelisch	0,1** (0,05)	0,2*** (0,04)	-0,2*** (0,03)	-0,06*** (0,02)	0,003 (0,02)	-0,02*** (0,008)
Verfügbare Einkommen	-0,3** (0,1)	0,2** (0,08)	-0,06 (0,08)	0,3*** (0,08)	0,004 (0,06)	-0,1*** (0,03)
Arbeitslosigkeit	0,1 (0,2)	-0,5*** (0,2)	-0,2 (0,1)	-0,4*** (0,09)	0,4*** (0,09)	0,05 (0,04)
Anteil produzierender Sektor	0,04** (0,02)	0,0007 (0,02)	-0,10*** (0,02)	-0,02 (0,01)	0,07*** (0,01)	-0,004 (0,005)
Kreisfreie Stadt	-0,2 (0,8)	-1,1* (0,6)	2,6*** (0,6)	-0,5* (0,3)	-0,4 (0,4)	0,5*** (0,2)
Fixe Bundesländereffekte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Beobachtungen	314	314	314	314	314	314
Bestimmtheitsmaß (R ²)	0,88	0,87	0,86	0,80	0,73	0,81

Beobachtungsebene: kreisfreie Städte und Landkreise. Robuste Standardfehler in Klammern.

* / ** / *** Signifikanz auf dem 10- / 5- / 1-Prozent-Fehlerniveau.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 2: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/xkZSfieSE9qKk7G>

teil an Schutzsuchenden stärkt die Grünen im Westen. In den neuen Bundesländern spielen beide Variablen hingegen keine Rolle.

In beiden Landesteilen gilt: Wo wenige Kinder leben, wird häufiger die Linke gewählt. Wo viele Ältere leben, werden im Westen die SPD und die CDU/CSU gewählt, im Osten demgegenüber wenig die linken Parteien, aber häufig die AfD. Dieser Effekt zugunsten der AfD liegt womöglich in der ausgedünnten sozialen Infrastruktur begründet, die aus der Abwanderung in den vergangenen Jahrzehnten resultierte (MIDEM, 2020). Fehlende Schulabschlüsse schwächen die AfD in den alten Bundesländern und stärken die SPD in den neuen Ländern. Wenig überraschend gilt, dass ein hoher Anteil an Schulabgängern mit Hochschulreife in West wie Ost die Grünen stärkt und die AfD schwächt. Von hohen Anteilen christlicher Bevölkerung profitieren tendenziell die SPD und die CDU/CSU. Das Gegenteil gilt für die kleineren Parteien. Effekte von Einkommen und Arbeitslosigkeit zeigen sich lediglich in den alten Bundesländern: Erwartungsgemäß führen höhere Einkommen zu besseren Ergebnissen der CDU/CSU und der FDP und zu schwächeren Ergebnissen der SPD und der Linken. Eine hohe Arbeitslosigkeit stärkt die AfD und schwächt die CDU/CSU und die FDP. Im Westen profitieren die SPD und die AfD – im Gegensatz zu den Grünen – von einem hohen Anteil an Beschäftigten im produzierenden Sektor. Hier mag die Sorge um die Zukunft der industriellen Arbeit in Deutschland eine Rolle spielen (zum Zusammenhang von AfD-Anteil und Wirtschaftsstruktur s. Diermeier, 2020). Im Osten leiden die CDU und die Linke unter einem hohen Anteil an Beschäftigten im produzierenden Sektor. Zuletzt bestätigt sich für die alten und die neuen Bundesländer, dass in kreisfreien Städten im Vergleich zu Landkreisen stärker die Grünen und weniger die CDU/CSU gewählt werden.

Bei den fixen Bundesländereffekten (in den Tabellen nicht dargestellt) zeigt sich die Stärke der CSU in Bayern und der FDP in Baden-Württemberg sowie die Schwäche der SPD in diesen beiden Ländern. Die Grünen waren, gegeben die Kontrollvariablen, in Hamburg, Rheinland-Pfalz und Bayern auffallend schwach. Die AfD wird tendenziell umso stärker, je weiter es in den alten Bundesländern Richtung Süden geht. Die Linke war in Hamburg und in Bremen, aber ebenso in Hessen stark. In den neuen Ländern zeigt sich die Stärke der SPD in Brandenburg, der CDU in Sachsen-Anhalt, der AfD in Sachsen und Thüringen sowie der Linken in Thüringen.

Erklärungsfaktoren für das Bundestagswahlergebnis 2021 in Ostdeutschland

Tabelle 3

Kleinste-Quadrate-Regressionen – abhängige Variable: Zweitstimmenanteil der Partei

Variable	SPD	CDU	Grüne	FDP	AfD	Linke
Anteil Familienunternehmen	0,02 (0,04)	0,02 (0,03)	0,03 (0,03)	-0,002 (0,01)	-0,04 (0,05)	-0,02 (0,02)
Wahlbeteiligung	-0,6*** (0,2)	-0,2** (0,09)	0,2 (0,1)	0,1** (0,05)	0,2 (0,2)	0,07 (0,08)
Bevölkerungsdichte	-2,0* (1,0)	-1,1 (0,7)	2,9*** (0,9)	0,9** (0,4)	-0,9 (1,4)	0,6 (0,8)
Anteil Ausländer	0,03 (0,3)	-0,02 (0,1)	-0,1 (0,2)	-0,07 (0,08)	0,2 (0,4)	0,05 (0,1)
Anteil Schutzsuchende	0,3 (0,6)	-0,4 (0,3)	-0,2 (0,4)	0,1 (0,2)	-0,3 (0,8)	0,03 (0,3)
Anteil der unter 18-Jährigen	-0,5 (0,6)	0,3 (0,3)	-0,3 (0,4)	0,4** (0,2)	1,0 (0,7)	-0,7** (0,3)
Anteil der über 64-Jährigen	-0,5*** (0,2)	0,1 (0,1)	-0,5*** (0,1)	0,2*** (0,06)	1,1*** (0,3)	-0,2* (0,1)
Anteil ohne Schulabschluss	0,4** (0,2)	-0,2* (0,10)	-0,004 (0,10)	-0,04 (0,04)	-0,2 (0,2)	0,07 (0,07)
Anteil Hochschulreife	0,1* (0,06)	-0,02 (0,04)	0,2*** (0,03)	0,02 (0,02)	-0,2*** (0,07)	-0,02 (0,03)
Anteil katholisch	0,006 (0,02)	0,2*** (0,01)	-0,04*** (0,01)	-0,008 (0,008)	-0,07*** (0,02)	-0,05*** (0,009)
Anteil evangelisch	0,09** (0,04)	0,01 (0,02)	-0,03 (0,03)	-0,04** (0,02)	0,02 (0,05)	-0,03 (0,03)
Verfügbares Einkommen	0,7 (0,4)	0,2 (0,2)	-0,009 (0,3)	0,07 (0,1)	-0,5 (0,5)	-0,03 (0,2)
Arbeitslosigkeit	0,02 (0,4)	-0,1 (0,2)	0,2 (0,2)	-0,06 (0,1)	0,4 (0,4)	-0,1 (0,1)
Anteil produzierender Sektor	0,06 (0,09)	-0,06* (0,03)	-0,03 (0,04)	0,008 (0,02)	0,1 (0,08)	-0,08** (0,03)
Kreisfreie Stadt	2,6 (1,6)	-1,7** (0,7)	1,9* (1,0)	-0,5 (0,4)	-2,8 (2,0)	0,5 (0,8)
Fixe Bundesländereffekte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
Beobachtungen	72	72	72	72	72	72
Bestimmtheitsmaß (R ²)	0,87	0,92	0,95	0,83	0,89	0,88

Beobachtungsebene: kreisfreie Städte und Landkreise. Robuste Standardfehler in Klammern.

* / ** / *** Signifikanz auf dem 10- / 5- / 1-Prozent-Fehlerniveau.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 3: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/HK35MT8JZygb4QM>

Vergleich mit früheren Wahlen

Schätzt man das Modell für die Europawahl 2019 und die Bundestagswahl 2017, dann ändern sich die Ergebnisse bezüglich des Einflusses von Familienunternehmen deutlich. Tabelle 4 zeigt, dass in den westdeutschen Bundesländern ein hoher Anteil an Familienunternehmen die CDU/CSU stärkte und die SPD schwächte. Die numerische Bedeutung der Effekte lautet, dass eine Erhöhung des Anteils der Familienunternehmen um 10 Prozentpunkte die CDU/CSU um 0,5 bis 0,6 Prozentpunkte stärkte und die SPD um 0,4 Prozentpunkte schwächte. Hier war die frühere Trennlinie zwischen der unternehmensnahen Union und der arbeiternahen SPD noch sichtbar. Der Effekt für die FDP, der sich bei der Bundestagswahl 2021 einstellte, zeigte sich hingegen noch nicht. Umfragen belegen, dass die Aufstellung der Kanzlerkandidaten Olaf Scholz und Armin Laschet stark beeinflusst hat, für wie kompetent die Parteien in Wirtschaftsfragen gehalten werden. Nachdem die CDU/CSU über die vergangenen Jahre stets weit vor der SPD lag, wendete sich das Blatt mit der Bundestagswahl 2021 – die SPD zog bei der Wirtschaftskompetenz mit der CDU/CSU gleich (Forschungsgruppe Wahlen, 2022). Die FDP gewann in der Einschätzung der Wähler ebenfalls deutlich an Wirtschaftskompetenz und schnitt somit in Regionen besonders gut ab, die durch

Bedeutung von Familienunternehmen bei den Wahlen 2017 und 2019 Tabelle 4
Kleinste-Quadrat-Regressionen – abhängige Variable: Zweitstimmenanteil der Partei;
erklärende Variable: Anteil Familienunternehmen

Region – Wahl	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	AfD	Linke
West – Europawahl 2019	-0,04** (0,02)	0,06** (0,03)	0,003 (0,03)	0,003 (0,006)	-0,02 (0,01)	-0,006 (0,004)
West – Bundestagswahl 2017	-0,04* (0,02)	0,05** (0,02)	-0,004 (0,01)	0,008 (0,01)	-0,01 (0,02)	-0,01 (0,007)
Ost – Europawahl 2019	0,007 (0,05)	-0,02 (0,04)	0,05 (0,03)	0,005 (0,009)	-0,01 (0,05)	-0,04 (0,03)
Ost – Bundestagswahl 2017	0,01 (0,04)	-0,03 (0,04)	0,02 (0,02)	0,01 (0,01)	0,009 (0,05)	-0,01 (0,04)

Jede Zelle der Tabelle steht für eine eigene Regression. Regressionen inklusive Kontrollvariablen und fixen Bundesländereffekten. Beobachtungsebene: kreisfreie Städte und Landkreise. Robuste Standardfehler in Klammern.
* / ** Signifikanz auf dem 10- / 5-Prozent-Fehlerniveau.
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 4: <http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/P6aPG97cWAgmGXX>

Familienunternehmen geprägt sind. In den ostdeutschen Bundesländern zeigten sich auch 2019 und 2017 keine Effekte der Bedeutung von Familienunternehmen.

Robustheitstests

Eine Alternative zur Messung der Bedeutung von Familienunternehmen besteht darin, auf den Anteil der in Familienunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer zu fokussieren anstatt auf die Anzahl der Unternehmen. Die Schlussfolgerungen zu den drei vergangenen Wahlen ändern sich hierdurch nicht. In einigen Spezifikationen zeigt sich nun zusätzlich ein negativer Effekt der Familienunternehmen auf den Stimmenanteil der AfD. Dieses Ergebnis ist naheliegend, wenn man annimmt, dass sich Arbeitnehmer in Familienunternehmen mit ihrem Arbeitgeber stärker identifizieren und somit unternehmerische Interessen in der Wahlentscheidung stärker berücksichtigen als Beschäftigte in sonstigen Unternehmen. So wurde gezeigt, dass Dresden seit dem Aufkommen der Pegida-Bewegung für Hochqualifizierte weniger attraktiv wurde (Brox/Krieger, 2021) und Unternehmen damit direkt unter dem lokalen Erstarken von Rechtspopulismus leiden. Das Wählen der AfD wäre dann direkt zum Schaden der Unternehmen.

Die Ergebnisse für die westdeutschen Bundesländer sind nicht von einem einzelnen Bundesland abhängig. Lässt man jeweils ein einzelnes Bundesland aus und schätzt das Modell für alle verbleibenden Bundesländer, so bestätigt sich der Zusammenhang zwischen dem Anteil der Familienunternehmen und dem politischen Wahlverhalten. Der Zusammenhang mit der FDP in der Bundestagswahl 2021 wird jedoch besonders durch Baden-Württemberg getrieben, die Effekte der SPD und der CDU/CSU in den Wahlen 2019 und 2017 besonders durch Niedersachsen. In einzelnen Spezifikationen gibt es ferner einen signifikant negativen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Familienunternehmen und den Stimmenanteilen der Linken und der AfD. In den ostdeutschen Bundesländern zeigt sich vereinzelt ein signifikant positiver Zusammenhang mit dem Stimmenanteil der Grünen und ein negativer Zusammenhang mit den Stimmenanteilen von CDU, AfD und Linke.

Die Stimmenanteile der Parteien können Werte zwischen 0 und 100 Prozent annehmen. Aufgrund dieser Beschränkung des Wertebereichs der abhängigen Variablen kann

das Modell alternativ als Fractional-Response-Regression oder als Beta-Regression geschätzt werden. Die Ergebnisse der Kleinste-Quadrate-Regressionen werden für beide Alternativen bestätigt. Mitunter ist zu sehen, dass zusätzlich zu den gezeigten Effekten nun in den neuen Bundesländern bei allen drei Wahlen der Anteil der Familienunternehmen positiv mit dem Stimmenanteil der Grünen zusammenhängt.

Fazit

Die FDP profitierte bei der Bundestagswahl 2021 in den westdeutschen Bundesländern leicht von einer lokalen Stärke von Familienunternehmen. Für die anderen Parteien zeigt sich nicht, dass der Anteil der Familienunternehmen das Wahlergebnis beeinflusst hat. Anders stellte sich die Lage bei der Europawahl 2019 und der Bundestagswahl 2017 dar, wo die CDU/CSU von einem hohen Anteil an Familienunternehmen profitierte und die SPD darunter litt. In den ostdeutschen Bundesländern zeigen sich bei keiner der drei Wahlen Einflüsse der Familienunternehmen. Neben diesen Effekten ergeben sich weitere interessante Ergebnisse bei den Determinanten der Bundestagswahl 2021. Eine hohe Wahlbeteiligung schwächt die FDP in Westdeutschland, stärkt sie hingegen in Ostdeutschland. Eine hohe Bevölkerungsdichte und ein hoher Anteil an über 64-Jährigen stärkt die SPD in den alten und schwächt sie in den neuen Bundesländern. Die AfD profitiert vor allem im Osten von einem hohen Anteil älterer Einwohner (zu weiteren Determinanten von AfD-Wahlergebnissen s. Bergmann et al., 2017; 2018).

Es gibt verschiedene Erklärungsansätze, warum das Wahlverhalten in den westdeutschen Bundesländern – zugunsten der FDP im Jahr 2021 sowie zugunsten der CDU/CSU und zulasten der SPD früher – von der Bedeutung der Familienunternehmen geprägt wird. Es ist denkbar, dass die Arbeitsplatzsicherheit in Familienunternehmen höher ist oder als höher empfunden wird. Entsprechend würde die soziale Absicherung bei der Wahlentscheidung in den Hintergrund treten. Arbeitnehmer in Familienunternehmen mögen zudem eine höhere Lebenszufriedenheit aufweisen, wenn sie sich stärker mit ihrem Arbeitgeber identifizieren oder wenn das Familienunternehmen durch gesellschaftliches Engagement die Lebensqualität vor Ort erhöht (zum gesellschaftlichen Engagement von Familienunternehmen s. Eulerich et al., 2020). Bei einer höheren Lebenszufriedenheit dürften Parteien aus dem konservativ-liberalen Spektrum

profitieren – und dementsprechend die SPD verlieren (zu Lebenszufriedenheit und politischen Präferenzen s. Taylor, 2008).

Eine stärkere Identifikation mit dem Arbeitgeber kann gleichsam dazu führen, dass die Interessen des Unternehmens stärker in der Wahlentscheidung berücksichtigt werden. Das Wählen der unternehmensnahen FDP liegt dann nahe. Möglicherweise sind Familienunternehmer auch stärker politisch engagiert und machen dadurch die Wahl der entsprechenden Parteien wahrscheinlicher – sei es durch persönliches oder durch finanzielles Engagement.

Da in den ostdeutschen Bundesländern das Wahlverhalten nicht vom Anteil der Arbeitnehmer in Familienunternehmen abhängt, stellt sich hier ebenso die Frage nach möglichen Erklärungen. Aus den Daten geht hervor, dass die Familienunternehmen im Westen durchschnittlich eine um mehr als ein Drittel größere Belegschaft aufweisen als die Familienunternehmen im Osten. Möglicherweise sind kleine Familienunternehmen weniger prägend als große. Aufseiten der Wähler liegt es nahe, auf die niedrigere Parteibindung im Osten hinzuweisen (Korte, 2021).

Literatur

Achleitner, Ann-Kristin et al., 2019, Börsennotierte Familienunternehmen in Deutschland. Bedeutung, Merkmale, Performance, Stiftung Familienunternehmen, München

Alesina, Alberto / Fuchs-Schündeln, Nicola, 2007, Good-bye Lenin (or not?): The effect of communism on people's preferences, in: *American Economic Review*, 97. Jg., Nr. 4, S. 1507–1528

Anderson, Ronald C. / Reeb, David M., 2003a, Founding-family ownership and firm performance: Evidence from the S&P 500, in: *Journal of Finance*, 58. Jg., Nr. 3, S. 1301–1328

Anderson, Ronald C. / Reeb, David M., 2003b, Founding-family ownership, corporate diversification, and firm leverage, in: *Journal of Law and Economics*, 46. Jg., Nr. 2, S. 653–684

Bennedsen, Morten / Nielsen, Kasper M. / Perez-Gonzalez, Francisco / Wolfenzon, Daniel, 2007, Inside the family firm: The role of families in succession decisions and performance, in: *Quarterly Journal of Economics*, 122. Jg., Nr. 2, S. 647–691

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2017, Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 48. Jg., Nr. 1, S. 57–75

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2018, Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49. Jg., Nr. 2, S. 243–264

Brox, Enzo / Krieger, Tommy, 2021, Far-right protests and migration, <https://tommykrieger.eu/uploads/FarRightProtest.pdf> [6.1.2022]

Büttner, Thiess / Dörr, Luisa / Gäbler, Stefanie, 2020, Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland. Entwicklung der Steuern von Einkommen und Ertrag, Stiftung Familienunternehmen, München

Conren, 2020, Conren Studie zu börsennotierten Familienunternehmen in Europa, <https://conren-research.com/wp-content/uploads/2020/05/March2020-CONREN-Studiezu-Familienunternehmen.pdf> [31.1.2022]

Demary, Vera / Kempermann, Hanno / Krause, Manuela / Röhl, Klaus-Heiner, 2020, Die Bedeutung der Familienunternehmen für ländliche Räume – Beitrag zum Wohlstand und Zusammenhalt, Stiftung Familienunternehmen, München

Diermeier, Matthias, 2020, Ist mehr besser? Politische Implikationen der disparaten Daseinsvorsorge in Deutschland, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30. Jg., Nr. 4, S. 539–568

- Eulerich, Marc / Bettermann, Gertraud / Robers, Nicola, 2020, Das gesellschaftliche Engagement von Familienunternehmen, Stiftung Familienunternehmen, München
- Forschungsgruppe Wahlen, 2022, Politbarometer. Parteikompetenz: Wirtschaft, https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Wirtschaft_und_Soziales/15_Kompetenz_Wirtschaft.xlsx [16.3.2022]
- Haußner, Stefan / Leiningner, Arndt, 2018, Die Erfolge der AfD und die Wahlbeteiligung: Gibt es einen Zusammenhang?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49. Jg., Nr. 1, S. 69–90
- Huber, Peter J., 1967, The behavior of maximum likelihood estimates under nonstandard conditions, in: University of California Press (Hrsg.), Proceedings of the Fifth Berkeley Symposium on Mathematical Statistics and Probability, Volume 1: Statistics, Berkeley, S. 221–233
- Jaskiewicz, Peter, 2006, Performance-Studie börsennotierter Familienunternehmen in Deutschland, Frankreich und Spanien, FGF Entrepreneurship-Research Monographien, Bd. 56, Lohmar
- Kappes, Imke / Schmid, Thomas, 2013, The effect of family governance on corporate time horizons, in: Corporate Governance: An International Review, 21. Jg., Nr. 6, S. 547–566
- Klerk, Eugene / Kersley, Richard / Bhatti, Maria / Vair, Brandon, 2018, The CS Family 1000 in 2018, Credit Suisse AG Research Institute, Zürich
- Korte, Karl-Rudolf, 2021, Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung und politische Streitfragen, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/politisches-system/wahlen-in-deutschland/335668/parteiidentifikation-kandidatenorientierung-und-politische-streitfragen> [2.6.2022]
- Leiber, Marietta K., 2008, Performance-Studie deutscher Familienunternehmen, Inaugural-Dissertation, Universität Augsburg, https://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/1168/file/Dissertation_MariettaLeiber.pdf [7.1.2022]
- MIDEM, 2020, Emigration in Europa, Jahresbericht, Mercator Forum Migration und Demokratie, Dresden
- Miller, Danny / Le Breton-Miller, Isabelle / Lester, Richard H. / Cannella Jr., Albert A., 2007, Are family firms really superior performers?, in: Journal of Corporate Finance, 13. Jg., Nr. 5, S. 829–858
- Pérez-González, Francisco, 2006, Inherited control and firm performance, in: American Economic Review, 96. Jg., Nr. 5, S. 1559–1588
- Schmid, Thomas / Achleitner, Ann-Kristin / Ampenberger, Markus / Kaserer, Christoph, 2014, Family firms and R&D behavior – New evidence from a large-scale survey, in: Research Policy, 43. Jg., Nr. 1, S. 233–244

Schmid, Thomas / Ampenberger, Markus / Kaserer, Christoph / Achleitner, Ann-Kristin, 2015, Family firm heterogeneity and corporate policy: Evidence from diversification decisions, in: Corporate Governance: An International Review, 23. Jg., Nr. 3, S. 285–302

Taylor, Paul, 2008, Republicans: Still happy campers, <https://www.pewresearch.org/social-trends/2008/10/23/republicans-still-happy-campers> [16.3.2022]

Vehrkamp, Robert / Wegschaider, Klaudia, 2017, Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh

White, Halbert, 1980, A heteroskedasticity-consistent covariance matrix estimator and a direct test for heteroskedasticity, in: Econometrica, 48. Jg., Nr. 4, S. 817–838

Do Family Businesses Shape Political Voting Behaviour in Germany?

In recent years family businesses have become an object of research in their own right. Indeed, it has been shown that, far from developing less dynamically than other firms, as once assumed, family businesses actually outperform their peers. The present study complements this research by examining the extent to which family businesses shape political voting behaviour. To do this, the author investigates whether the local importance of family businesses correlates with certain political trends in recent nationwide elections. The results show that, in the 2021 general election, the Free Democratic, or Liberal, Party did better in regions with a high proportion of family businesses. This represented a change from the 2019 European election and the 2017 general election, in both of which a concentration of family businesses led to a higher share of votes for the centre-right Union parties (the Christian Social Union in the southern state of Bavaria and the Christian Democratic Union in the rest of the country) at the expense of the SPD, Germany's social democrats. Notably, however, these effects can only be observed in Germany's north, west and south, and are completely absent in the country's once-communist eastern states. Several possible explanations for the influence of family businesses on voting behaviour are put forward. These include the societal and political commitment of family businesses and a stronger feeling of job security and increased identification with employers leading voters to give more consideration to corporate interests at the ballot box. The shifts in the parties benefiting from this identification are no doubt closely related to the question of which party leader would make the best Chancellor.